

Erscheint
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Vollsbblatt

Vierteljährlicher Preis:
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 $\frac{1}{2}$; für Aus-
wärtige portofrei
12 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

für
Stadt und Land.

Insertionsgebühren:
für die Zeile 1 Silberggr.

N^o 84.

Paderborn, 14. Juli

1849.

Uebersicht.

Amtliches.

Deutschland. Berlin (Gutachten der Consistorien; Waldeck; Lieutenant a. D. Caspary); Bonn (Professor Kinkel); Hannover (Zusammentritt des Bundeschiedsgerichts); Westphalen (Reklamation des General-Vicariats zu Paderborn); Kassel (Ober-Steuer-Director Pfeiffer).

Schleswig-Holstein. (Nachrichten vom Kriegsschauplatz.)

Die Feindseligkeiten in Baden.

Der Ungarische Krieg.

Schweiz. Basel (Badische Flüchtlinge).

Frankreich. Paris (Depesche aus Rom, Einzug der Franzosen betr.)

England. London (Anträge im Ober- und Unterhause; österreichische Depesche; Bankrott des Herzogs von Buckingham).

Italien. (Venedigs Belagerung.) Vermischtes.

Amtliches.

Auf den Antrag des Staats-Ministeriums in dem Berichte vom 9. d. M. bestimmte Ich, daß auf den 17. d. M. wegen der auf diesen Tag anberaumten Wahlen zur zweiten Kammer hinsichtlich der Vornahme von Rechtsgeschäften, so wie der Amtshandlungen der Behörden und einzelnen Beamten, die in den bürgerlichen Gesetzen für Sonn- und Festtage gegebenen Bestimmungen angewendet werden sollen.

Dieser Mein Erlaß ist durch Aufnahme in die Gesetz-Sammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Sansfouci, den 9. Juli 1849.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

Graf von Brandenburg. von Landenberg. von Mantuffel. von Strottha. von der Heydt. von Rabe. Simons.

An das Staats-Ministerium.

Alberhöchster Erlaß, betreffend Rechtsgeschäfte und Amtshandlungen am
17. Juli d. J.

Deutschland.

LC Berlin, 9. Juli. Die Gutachten der Consistorien und theologischen Facultäten, welche das Ministerium in Betreff der kirchlichen Verfassungsfrage eingefordert hat, sollen zum großen Theil bereits eingegangen sein und sich überwiegend gegen die Berufung einer Generalsynode ausgesprochen haben. Eine solche würde auch aus anderen Gründen schwerlich zusammenkommen. Die Unionsvereine, welche durch ihr Centralcomite in einer besonderen Denkschrift die Berufung einer Synode zur Durchführung des Art. 12 der Verfassung vom 5. December v. J. für unerlässlich halten, verstehen unter der in der Verfassung bezeichneten „evangelischen Kirche“ die „Landeskirche“, wie die unitarischen protestantischen Gemeinden des preussischen Staatsgebiets bisher genannt zu werden pflegten. Tritt man schon durch diese Auffassung einer Einigung entgegen, so wird eine solche von anderer Seite dadurch erschwert, daß die rheinische und westfälische Provinzialsynode die Anerkennung der noch fortdauernden Gültigkeit der reformatorischen Bekenntnisschriften fordert. — Die Wahlagitatio ist soweit gediehen, daß sich für Berlin ziemlich sicher voraussagen läßt: eine ansehnliche Majorität wird nicht wählen. Von reactionärer Seite scheint man hier der Nichtwahl nicht förderlich seyn zu wollen.

Berlin, 11. Juli. Der mit Führung der Voruntersuchung gegen den Geh. Rath Waldeck betraute Kriminal-Gerichtsrath Schlöttke ist erst vor wenigen Tagen von einer abermaligen Reise nach Dresden hierher zurückgekehrt. Er soll bei der Untersuchungskommission gegen die dresdener Aufständischen Einsicht von Papieren genommen haben, welche neuerdings, als dem bekannten Russen Bakunin gehörig, in Beschlagnahme genommen worden sind und von denen man vermuthet, daß sie auf die hier geführte Unter-

suchung gegen Waldeck Bezug haben soll. In wie weit diese Vermuthung sich begründet hat oder nicht, läßt sich nicht sagen, doch soll Herr Schlöttke eine bedeutende Menge Skripturen aus Dresden mit hierher gebracht haben. — Der Abschluß dieser Voruntersuchung soll übrigens mit Nächstem bevorstehen. — Damit hat der Prozeß indeß noch lange nicht sein Ende erreicht, denn ist die Voruntersuchung wirklich geschlossen, so gehen die Acten zuvörderst an den Staatsanwalt, damit dieser, wie es bei politischen Prozeßen die Gesetze erheischen, die Vernehmung der Angeklagten in den Anklagestand beantragt. Hat die Rathskammer hierüber Beschluß gefaßt, so werden die Akten wiederum dem Anklage-Senat des Appellationsgerichts überreicht, der gleichsam die höhere Instanz für die Rathskammer bildet, und der nach gleichfalls ausgesprochener Vernehmung der Angeklagten in den Anklagestand die Sache an den Ober-Staatsanwalt giebt, um nun die Anklage binnen einer bestimmten Frist zu erheben. Mit dieser Anklage werden die Acten dem Schwurgericht übersendet, das demnächst frühestens nach 14 Tagen einen Termin zur Verhandlung anberaumt.

Wenn man hiernach die verschiedenen Stadien annimmt, welche der Waldeck'sche Prozeß noch durchlaufen muß, bevor er zur öffentlichen Verhandlung gelangt, so wird man uns beistimmen, daß der letztgedachte Zeitpunkt erst nach mindestens sechs bis acht Wochen eintreten kann, so sehr auch die Freunde und Anhänger Waldeck's den Tag herbeiwünschen mögen, an welchem sein Geschick endlich entschieden wird.

N. 3.

Viele der preussischen Abgeordneten, welche zuletzt noch der in Stuttgart tagenden deutschen Nationalversammlung angehörten, sind nach der Schweiz gegangen. So unter andern der frühere Abgeordnete zur zweiten aufgelösten preussischen Kammer, der Lieutenant a. D. Caspary, den ein auch in die Voss'sche Zeitung übergegangenes Gerücht als in Baden gefallen bezeichnete. Derselbe lebt in Nieder-Wichtrach bei Bern im Hause seines Freundes, des Fürsprechers Franz v. Erlach. Einige Stunden davon wohnt J. Jakobi, in der Nähe von Interlaken.

Bonn, 7. Juli. Einen großen Eindruck hat hier die Gefangenennahme Kinkels hervorgerufen, da dieselbe ganz unerwartet kam. Gleich den folgenden Tag nach Ankunft der Nachricht sollte schon ein zweiter Brief eingetroffen sein, demzufolge er bereits erschossen sei, was aber, wie bekannt, nicht der Fall ist. Die Madame Kinkel fuhr in der folgenden Nacht fort, um ihren gefangenen Mann noch zu sehen. Auch wurde alsbald eine Bittschrift an Sr. Königl. Hoheit den Prinzen von Preußen um Begnadigung aufgesetzt und zur Unterschrift aufgefordert, woran sich außer Bürgern auch Studenten und Professoren theilgeiligt haben, an der Spitze Ernst Moritz Arndt. Der Inhalt dieser Bittschrift ist ohngefähr folgender: „Erw. Königl. Hoheit haben die Unterzeichneten mit der Bitte um Gnade für ihren unglücklichen Mitbürger Kinkel. Wir haben zu der erprobten Milde Erw. Königl. Hoheit das Vertrauen, daß ein Mann, der im Drang politischer Begeisterung und mißverständlicher Liebe zum deutschen Vaterlande gefehlt hat, seiner Familie und der Kunst und Wissenschaft nicht zu früh entziffen werde“ u. s. w. Gestern ist dann auch in aller Eile eine Deputation abgereist, um das Gnadengesuch an den Prinzen v. Preußen zu überbringen, und es wird in den hiesigen Blättern zur Deckung der entstehenden Kosten aufgefodert.

Hannover, 9. Juli. Die „Hannov. Ztg.“ enthält in ihrem amtlichen Theil einen Erlaß des Verwaltungsrathes der verbündeten Regierungen (gez. v. Canitz) vom 4. Juli über den Wirkungskreis und den Zusammentritt des Bundeschiedsgerichts, so wie über die am 2. Juli in Erfurt statt gefundene Installation des provisorischen Bundeschiedsgerichts, welches sich zunächst mit der Bearbeitung seiner eigenen Gerichtsordnung und der darauf bezüglichen sonstigen Anordnung beschäftigen wird. Der Erlaß